

## Ostpreußens. g. beteiligt.

### Die Gemeindewahlen und die Frauen.

Von Emma Stropp.

Zum dritten Male innerhalb weniger Wochen werden die Frauen an die Wahlurne gerufen; diesmal gilt es, den Willen der Frauen für die Zusammenstellung der Gemeindevetreter zum Ausdruck zu bringen.

War bei den Wahlvorbereitungen für die Nationalversammlung eine tiefgehende Anteilnahme festzustellen, die selbst politischen Fragen bisher Fernstehende in eifrige Arbeiterinnen wandelte, so bewies die Preußenwahl bereits ein bedenkliches Abflauen der Wahlfreudigkeit. Wenn jetzt die Sprache auf die bevorstehenden Gemeindewahlen kommt, begegnet man aber fast immer einer bedauerlichen Gleichgültigkeit, die zum Teil wohl politischer Mädigkeit, mehr aber noch der Unkenntnis entspringt, warum gerade bei diesen Wahlen die Mitwirkung der Frauen von besonderer Wichtigkeit ist.

Weite Frauenkreise sind sich bis jetzt noch nicht klar darüber, daß die Entscheidungen des Stadtparlamentes unmittelbar in ihr häusliches Leben eingreifen, die Frage der Aufbringung der Mittel für die der Gemeinde zufallenden Aufgaben und deren Verwendung ihre persönliche Lebenshaltung zu stark beeinflusst, daß die Vernachlässigung oder Förderung bestimmter Einrichtungen nicht nur für die städtische Gesamtheit von Wichtigkeit, sondern auch auf den eigenen Lebenskreis oder den ihrer Familie ausstrahlend von oft einschneidender Bedeutung sind.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, stellten die ersten Vorkämpferinnen der Frauenbewegung bereits in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Forderung auf, daß neben den Stadtvätern auch die Stadtmütter für das Wohl der Gemeinde Sorge tragen sollten.

Dieser Anspruch blieb dauernd bestehen und wurde auch von Persönlichkeiten warm unterstützt, die seinerzeit das politische Wahlrecht der Frauen ablehnen zu müssen glaubten, er führte schließlich dazu, daß in einer Reihe von Städten Frauen in die Ausschüsse für Armen- und Waisenspflege, während des Krieges auch für die Lebensmittelversorgung und zum Teil auch für die Wohnungspflege, zugezogen wurden.

Schon aus der Erwähnung dieser Teilaufgaben, an deren Lösung Frauen mitarbeiten durften, geht hervor, daß der sachverständige Rat von Müttern und Hausfrauen als die Allgemeinheit fördernd anerkannt wurde. Mit ihnen ist aber der Einfluß der städtischen Verwaltung auf das häusliche Leben der Frauen durchaus nicht erschöpft, denn die Stadt hat im Laufe der Zeit so manche wirtschaftliche Mühe den Frauen abgenommen: sie versorgt uns durch ihre Gas- und Elektrizitätswerke mit Licht, an Stelle des Brunnens, aus dem die Mägde (so sagte man damals) das Wasser mühselig schöpften, ist die Wasserleitung geworden, und die Stadt hat in den letzten Jahren mehr oder minder, und zu welchen Preisen!, auch bestimmt, was an Lebensmitteln wir in unsere Speisekammern tragen durften, hat Volkstischen eingerichtet, die wir dankbar begrüßten, bei deren weiterer Ausgestaltung aber der Rat der hauswirtschaftlich erfahrenen Frauen nur dienlich sein kann. Denken wir weiter an das Gesundheitswesen, die Kanalisation, die Müllabfuhr, die Verkehrspolitik und schließlich an — die Steuern, die erhoben werden müssen, um die Ausgaben der städtischen Betriebe und Wohlfahrtseinrichtungen sowie die durch den Krieg den Städten auferlegten Lasten zu decken, so wird man zugeben müssen, daß gerade die bevorstehenden Gemeindewahlen das hingebendste Interesse der Frauen finden müssen.

Es bedarf auch wohl nur dieses Hinweises, um die jetzt noch schlafende Anteilnahme der Frauen zu wecken für Aufgaben, die sich ebenso an ihr mütterliches Herz wenden, als an ihren hauswirtschaftlichen Weitblick, an ihre Erfahrungen als Hausbesitzerinnen und Steuerzahlerinnen.

Dieser letzte Punkt ist jetzt von besonderer Wichtigkeit, da bei einer überwiegenden sozialdemokratischen Mehrheit in der Gemeindeverwaltung das Bürgertum wieder einmal der leidende Teil zu werden scheint, der auch bei den bevorstehenden sozialistischen Experimenten die Zechen zu bezahlen haben dürfte.

Wenn es nun auch, besonders in den Großstädten, kaum zu umgehen sein wird, daß Mehrheitssozialisten und Unabhängige die Mehrheit der Stadiverordneten bilden, so muß ihrem Einfluß doch durch die bürgerlichen Parteien ein möglichst wirksames Gegengewicht gegeben werden. Diese Hoffnung dürfte auch erfüllt werden, da innerhalb der Stadtverwaltung deren politische Gegensätze zurücktreten und sie daher einen geschlossenen Block bilden können, dessen Opposition Stärke und Gewicht genug besitzt, um unsere Gemeindepolitik nicht ganz in sozialdemokratisches Fahrwasser zu führen. Bei den bevorstehenden Wahlen ist dieses geschlossene Zusammengehen allerdings noch nicht erreicht, es scheiterte wiederum an dem Widerstand der demokratischen